

Jahresbericht 2009

Das Jahr 2009 war für den Verein „Unser Recht“ wie für alle, die sich für Rechtsstaat, Grundrechte und internationale Verpflichtungen einsetzen, geprägt durch das Minarettverbot, die Vorbereitung auf die Abstimmung über die Ausschaffungsinitiative und die Vorstosswelle zur Verschärfung des Strafrechts.

1. Jahreskonferenz 2009: „Entwicklungen und Verschärfungstendenzen im Strafrecht“

Die Jahreskonferenz fand am 25. Juni in Bern statt. Nationalrat Kurt Fluri eröffnete sie mit einer "Aktualisierung der auf Bundesebene diskutierten Fragen mit rechtsstaatlicher und völkerrechtlicher Relevanz". Zum Schwerpunktthema „Entwicklungen und Verschärfungstendenzen im Strafrecht“ referierten Nationalrat Alec von Graffenried, der für sorgfältige Gesetzgebung und deshalb auch für ein geduldiges Abwarten und präzises Evaluieren schlüssiger Erfahrungen mit der jüngsten Strafrechtsreform plädierte, und Prof. Dr. Marcel A. Niggli, der es für nötig hält, dass das Strafen auch in seiner Symbolik überzeugt, und deshalb bereit ist, auf wohlbemessene Verschärfungen einzutreten. Am anschliessenden Panelgespräch unter Leitung von Rechtsanwalt Dr. Mirko Roš wirkten nebst den Referenten mit: Prof. Dr. Annelies Ermer, Chefärztin Forensisch-Psychiatrischer Dienst, Medizinische Fakultät der Universität Bern, Bernardo Stadelmann, Vizedirektor des Bundesamts für Justiz, und Dominique Strelbel, Redaktor beim „Beobachter“.

2. Minarettverbot

Der Verein „Unser Recht“ setzte sich 2009 für die Erarbeitung, Sammlung und Verbreitung von Argumenten gegen die Minarettverbotsinitiative ein. Zu Beginn des Abstimmungskampfs liess er Kleininserate erscheinen: *„Für ein besseres Zusammenleben unter Religionsgemeinschaften – bei uns und weltweit. Nein zu Symbolpolitik, Nein zu Vergeltungspolitik – Nein zur Minarettverbotsinitiative. Mehr dazu bei <http://www.unser-recht.ch/de/aktuell.html>“*. Einige Mitglieder unterstützten die Finanzierung dieser Inserate mit Spenden.

Die deutliche Annahme der Initiative am 29. November 2009, herbeigeführt vor allem durch Wählerinnen und Wähler von FDP und CVP, überraschte. Meinungsumfragen, die eine Ablehnung hatten erwarten lassen, mögen dazu beigetragen haben, dass sich namentlich die politischen Hauptexponenten der Wirtschaft nicht aktiv gegen die Initiative einsetzten. Dies dürfte sich rechts der Mittelebene ausgewirkt haben. Economiesuisse publizierte zwar ein gutes Argumentarium, reduzierte aber dessen Wirkung, indem sie zugleich klarstellte, die Ablehnung des Minarettverbots habe für sie weniger Priorität als die Ablehnung des Verbots der Kriegsmaterialausfuhr. Versuche, Arbeitgeber dazu motivieren, sich für Respekt vor ihren muslimischen Arbeitnehmern einzusetzen, misslangen, mit wenigen lobenswerten Ausnahmen.

Die Annahme des Minarettverbots entfesselte eine heftige Debatte über die Stellung der Muslime in unserer Gesellschaft, über die Vereinbarkeit öffentlich praktizierter islamischer Riten und Traditionen mit den Werten von Aufklärung, Liberalismus, Demokratie, gleichen Rechte für Frau und Mann, sowie über Art und Grad der Integration, die verlangt und/oder gefördert werden soll. Diese Auseinandersetzung findet in ganz Europa statt. Der Verein Unser Recht befasst sich weiterhin damit, weil sie höchst grundrechtsrelevant ist.

3. Ausschaffungsinitiative

Der Verein Unser Recht begann sich im Berichtsjahr intensiv mit der Ausschaffungsinitiative zu befassen. Auch die Frage der Ungültigerklärung wurde kontrovers abgehandelt. Sie bot exemplarisch Anlass zur kritischen Beschäftigung mit Kriterien und Verfahren der Gültigkeitsprüfung von Volksinitiativen generell. Wir tun gut daran, uns darauf vorzubereiten, dass eine wuchtige „Nulltoleranz“-Propaganda just die verfassungs- und völkerrechtlichen Mängel der Initiative als Stärken ausspielen wird: die Missachtung der Verhältnismässigkeit (zum Beispiel bei Sozialhilfemissbrauch und leichten Drogendelikten) und des Non-Refoulements.

4. E-Mail-Briefe

Im Berichtsjahr versandten wir an die Vereinsmitglieder und rund 60 weitere Interessentinnen und Interessenten die E-Mail-Briefe Nr. 105 bis 170. Diese bleiben auf unseren Webseiten einsehbar und dokumentieren, was uns beschäftigte.

5. Vereins-Interna

Die Mitgliederversammlung wählte Nationalrat Alec von Graffenried neu in den Vorstand. Leider musste sie Lena Schneller und Rafael Neziri aus diesem Gremium verabschieden. Ihre Beanspruchung durch Forschungsarbeit bzw. Beruf liess eine weitere Mitwirkung in diesem Gremium nicht mehr zu. Wir danken ihnen nochmals herzlich für die wertvolle Mitwirkung in der Gründungs- und ersten Aufbauphase des Vereins. Die Zahl der Einzelmitglieder stieg auf 110 an, wozu weiterhin ein Kollektivmitglied kommt.